sui generis

Analysen und Perspektiven
von Assistierenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts
der Universität Zürich

CHEN

Unter Gleichen

Herausgegeben von Lukas Hussmann, Nicole Nickerson
Arezoo Sang Bastian und Youlo Wujohktsang

Beitrag von Carole Bruttin

**Gleich und doch anders:
Partizipation von Kindern in
familienrechtlichen Verfahren**

Erschienen in APARIUZ XXII

APARIUZ XXII: Unter Gleichen

Dieses Werk ist erschienen in der Reihe *sui generis*,
herausgegeben von Daniel Hürlimann und Marc Thommen.

1. Auflage 25. Juli 2021 – © 2021 bei den Autorinnen

Dieses Werk wurde unter einer Creative Commons Lizenz als Open Access
veröffentlicht, die bei Weiterverwendung nur die Nennung des Urhebers erfordert
(CC BY 4.0 – <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>).

Die Druckvorstufe dieser Publikation wurde vom Schweizerischen
Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt.

ISBN: 978-3-907297-19-3

DOI: 10.38107/019

Gleich und doch anders: Partizipation von Kindern in familienrechtlichen Verfahren

© 2021 Carole Bruttin

DOI: 10.38107/019-10

www.suigeneris-verlag.ch

Carole Bruttin

Gleich und doch anders: Partizipation von Kindern in familienrechtlichen Verfahren

I. Einleitung	146
II. Das Kind im Umbruchprozess Trennung	146
III. Kritik am gerichtlichen Verfahren	148
1. Das familienrechtliche Verfahren	148
2. Mangelnde interdisziplinäre Ausrichtung	149
3. «Gleiche Berücksichtigung»	150
IV. Konfliktanalyse und Wahl des Vorgehens	151
V. Instrumente zur Stärkung der Interessen von Kindern in familienrechtlichen Verfahren	153
1. Anhörung	153
2. Interventionsorientierte Gutachten	156
VI. Ausblick	160

I. Einleitung

Kinder sind grundsätzlich Träger der gleichen Rechte wie Erwachsene, auch wenn sie noch nicht alle Rechte auch selbständig ausüben können. Das Recht gewichtet ihre Interessen und Bedürfnisse gleich. Aufgrund von Art. 11 BV kommt dem Kindwohl¹ Verfassungsrang zu. Es bildet deshalb oberste Richtschnur aller Regelungen, die sich auf Kinder beziehen.² Dies gilt auch für alle gerichtlichen Verfahren, in welchen Kinderbelange geregelt werden. Gefordert ist aber nicht nur die ergebnisorientierte Berücksichtigung des Kindswohls, sondern – gemäss den Vorgaben der *Child Friendly Justice Guidelines* – ebenso die Teilhabe der Kinder an solchen Verfahren.³ Gleichwohl gehen diese Vorgaben im Gerichtsalltag oft etwas vergessen.

Der folgende Beitrag zeigt deshalb einleitend Ungleichbehandlungen der Kinder in gerichtlichen Verfahren bei Trennung und Scheidung auf und beleuchtet sodann einzelne Instrumente zur Umsetzung einer gleichberechtigten Stellung der Kinder in familienrechtlichen Verfahren vor Gericht.

II. Das Kind im Umbruchprozess Trennung

Das Kind ist bei familiären Auseinandersetzungen sowohl von Konflikten und Machtverhältnissen zwischen den Eltern auf der Paarebene als auch von allfälligen Machtgefällen zwischen den Eltern und dem Kind infolge ihrer Stellung in der Familie betroffen.⁴ Eine Familie ist ein feines Geflecht von wechselseitigen Beziehungen und Interaktionen, welche Emotionen, Bedürfnisse und Belastungen ausdrücken und vielschichtig übereinander lagern. Machtstrukturen manifestieren sich darin in verschiedenen Bereichen und können sich auch gegenseitig bedingen.⁵ Die Kinder sind in diesem sozialen Gefüge

1 Für eine Definition zum Kindwohl HARRY DETTENBORN / EGINHARD WALTER, Familienrechtspsychologie, 3. Aufl., München 2016, S.70, wonach das Kind für seine Persönlichkeitsentwicklung eine günstige Relation zwischen seiner Bedürfnislage und seinen Lebensbedingungen benötigt. Zum Ganzen S.68 ff.

2 Vgl. SGK-REUSSER/LÜSCHER, in: Bernhard Ehrenzeller et al. (Hrsg.), Die Schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014, Art. 11 N 8; vgl. auch BGE 132 III 359 E. 4.4.2; BGE 129 III 250 E. 3.4.2.

3 Ministerkomitee des Europarates, Guidelines Child-friendly justice.

4 Vgl. dazu FamKomm-SCHREINER, in: Ingeborg Schwenzer / Roland Fankhauser (Hrsg.), FamKomm · Scheidung, 3. Aufl., Bern 2017, Anhang Ausgewählte psychologische Aspekte im Zusammenhang mit Trennung und Scheidung, N 41-86.

5 Vgl. JOSEPH DUSS-VON WERDT, Professionelle und institutionelle Verletzung der Familiengrenze und ihre Folgen, FamPra.ch 2004, 764-775, S.769 ff.

regelmässig die schutzlosesten Personen und im konfliktbelasteten Familiensystem ist ihnen besondere Beachtung zu schenken.

Aus eigener Not oder Überforderung sind Erwachsene in Konflikten unter Umständen nicht mehr in der Lage, die Perspektive des Kindes adäquat wahrzunehmen. Kinder haben eine andere oder noch gar keine Vorstellung von der Beendigung einer Beziehung. Sie haben zudem andere Bedürfnisse in zeitlicher Hinsicht, sie brauchen mehr Zeit zum Verstehen, und gerade jüngere Kinder leben mit einem starken Bezug zum Hier und Jetzt. Überdies erleben sie starke Bindungen zu ihren Eltern und Geschwistern, und sie haben ein ausgeprägtes Sicherheitsempfinden in diesem Familiensystem. Die Abhängigkeit zu ihren Eltern, noch nicht ausgereifte analytische und reflexive Fähigkeiten wie auch mangelnde Kenntnis über den (gerichtlichen) Prozess einer Trennung verunmöglichen dem Kind in vielen Fällen ein selbstbestimmtes Auftreten und das Vertreten seiner Interessen.⁶ Zudem ist eine Trennungssituation ein äusserst belastendes Erlebnis und mit vielen Emotionen verbunden, welche das Kind je nach Alter noch nicht selbständig einordnen kann. Unterstützung durch verschiedene Personen scheint daher angezeigt.⁷

Die UN-Kinderrechtskonvention⁸ und ebenso Art. 11 BV legen die materielle Gleichberechtigung der Kinder mit den Erwachsenen als Grundsatz fest.⁹ Für eine gleichberechtigte Stellung der Kinder im Verfahren ist jedoch die konkrete Umsetzung sicherzustellen. Dazu ist ein tiefergehendes Umdenken notwendig, das in eine grundsätzlich andere Haltung gegenüber den Kindern mündet und ihnen die Ausübung ihrer Rechte ermöglicht.¹⁰ Kinder sind als Subjekte anzuerkennen, die «über Kompetenzen und eine Urteilsfähigkeit [verfügen], die zwar noch nicht voll ausgebildet sind, aber rechtfertigen, dass dem Kind ein neuer rechtlicher Status [...] zuerkannt wird».¹¹ Neben kinderfreundlichen politischen Anliegen (Ombudsstelle für Kinderrechte¹²,

6 Wobei auch zur Debatte gestellt werden kann, ob Erwachsene tatsächlich die besseren Fähigkeiten haben oder lediglich besser funktionieren.

7 Vgl. zum Erleben der Kinder SABINE AESCHLIMANN, Familiengerichtbarkeit im internationalen Vergleich, Schriftenreihe zum Familienrecht Bd. 14, Diss., Bern 2009, S.23 ff.

8 UN-Konvention über die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 (SR 0.107).

9 Vgl. BSK-BV-TSCHENTSCHER, in: Bernhard Waldmann / Eva Maria Belser / Astrid Epiney (Hrsg.), Bundesverfassung, Basler Kommentar, Basel 2015, Art. 11 N 31.

10 Ausführlich dazu MICHELLE COTTIER, Partizipationsrechte von Kindern in rechtlichen Verfahren: Juristische und rechtssoziologische Aspekte, Interview im Bericht der Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ), Kindern zuhören, Bern 2011, S.19 und S.29.

11 JEAN ZERMATTEN, Das Recht des Kindes auf Gehör und Partizipation als Grundsatz: Eine neue demokratische Dynamik!, in: Bericht EKKJ (Anm.10), S.11; vgl. auch JAAP DOEK, Child Participation, Oxford 2020, S.258 und S.260.

12 Vgl. Motion Noser vom 17. Juni 2019 (Nr. 19.3633), Ombudsstelle für Kinderrechte.

Untersuchung über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung¹³) sind auch Entscheidungsträgerinnen in der Pflicht, in den vorhandenen Spielräumen Gleichheitsverhältnisse zu schaffen.¹⁴ Als Grundsatz muss gelten, dass Kinder in Fragen der zukünftigen familiären Beziehungsgestaltung, wie sie sich in gerichtlichen Verfahren stellen, als gleichwertige Familienmitglieder zu berücksichtigen sind.

III. Kritik am gerichtlichen Verfahren

1. Das familienrechtliche Verfahren

Das herkömmliche zivilrechtliche, antagonistisch gepolte Verfahren steht für familienrechtliche Beziehungen schon länger in der Kritik. Beweisrechtliche Vorgaben, Zeitdruck, taktisches Vorgehen und das Denken in Positionen scheinen für familienrechtliche Beziehungen wenig geeignet, stehen einer gütlichen Lösung entgegen und schaffen resp. begünstigen Machtgefälle zwischen den Kompetenzen und Verhältnissen der Parteien.¹⁵ Kinder gehen in dieser Struktur schnell unter. Sie sind in den Verhandlungen über die gemeinsame Zukunft nicht aktiv beteiligt, und ihr Einbezug ist davon abhängig, wie die Eltern und die Gerichtspersonen die Rolle der Kinder verstehen und sie über das gerichtliche Verfahren informieren.¹⁶

Neben der Neuordnung der familiären Beziehungen im familienrechtlichen Verfahren hinsichtlich der Themenkreise elterliche Sorge, Obhut und Unterhalt ist auch ein vielschichtiges Beziehungsgeflecht zu lösen und unter anderem die Eltern-Kind-Beziehung neu zu gestalten. Die Forderung einer vom gerichtlichen Verfahren losgelösten Regelung der Trennung ist deshalb nicht neu.¹⁷ Mit der Trennung sind die Verantwortungsbereiche innerhalb der

13 Vgl. Postulat der Nationalratskommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur vom 15. Mai 2014 (Nr. 14.3382), Bilanz über die Umsetzung des Rechts auf Anhörung nach Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen in der Schweiz. Mit der Studie beauftragt wurde das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte. Die Ergebnisse der Studie sowie der Bericht des Bundesrates wurden am 2. September 2020 publiziert, konnten jedoch für den vorliegenden Aufsatz nicht mehr berücksichtigt werden.

14 Vgl. dazu PATRICK ZOBRIST / DIANA WIDER / ANDREAS ZÜRCHER SIBOLD, Zerstrittene Eltern im Kontext des Kindesschutzes: «Die Kinder sind gefährdet und die Eltern in der Pflicht», ZKE 2019, 481-499, S. 486.

15 Vgl. ANDREA BÜCHLER / ROLF VETTERLI, Ehe Partnerschaft Kinder, 3. Aufl., Basel 2018, S. 22; vgl. auch DUSS-VON WERDT (Anm. 5), S. 769.

16 Vgl. DIANA BAUMGARTEN / GABRIELA HÄFLIGER-ZEHNDER, Kinder im Scheidungsprozess ihrer Eltern, Schritte ins Offene, 3/2007, S. 28-32.

17 Stellvertretend AESCHLIMANN (Anm. 7), S. 21 f., S. 29; DUSS-VON WERDT (Anm. 5), S. 771 f.

Familie neu zu verteilen, was Kommunikation, Kompromissbereitschaft und im besten Fall viel Ehrlichkeit erfordert. Sich über seine eigenen Bedürfnisse und diejenigen der anderen Familienmitglieder klar zu werden, geschieht parallel zur Auslotung der praktischen Gestaltungsmöglichkeiten. Die Familie erlebt eine tiefgreifende Veränderung, insbesondere das Kind sieht sich mit einem völlig unbekannten Alltag konfrontiert. Seine Anpassungsfähigkeit ist je nach den familiären und konflikthaften Umständen massiv gefordert und wird zusätzlich auf die Probe gestellt, da es über viele Bereiche nicht selbst entscheiden kann.¹⁸

Das Familienrecht hat die Parteien in diesem Prozess der Zukunftsgestaltung zu unterstützen.¹⁹ Eine rechtliche Lösung mag klare Verhältnisse schaffen, hat jedoch auch die oben beschriebenen Eigenheiten der familiären Trennung zu berücksichtigen. Unsachgemässe Entscheide bergen das Risiko unzufriedener Parteien und Kinder sowie von kurzlebigen Lösungen.²⁰ Gerade Kinder sind auf Information und Unterstützung von Seiten des Gerichts und auch ihrer Eltern angewiesen, werden aber in vielen Fällen nicht miteinbezogen. Instrumente, die den Kindern das Ausüben ihrer Rechte ermöglichen, wären vorhanden, es erfordert jedoch einen aktiven Effort der Gerichtspersonen, die beschriebenen Ungleichgewichte auszugleichen. Sowohl in nicht-streitigen als auch in streitigen Verfahren ist die Partizipation der Kinder deshalb seitens des Gerichts aktiv zu fördern.

2. Mangelnde interdisziplinäre Ausrichtung

INGEBORG SCHWENZER und SABINE AESCHLIMANN haben bereits 2006 die Notwendigkeit einer interdisziplinären Ausrichtung bei familien- und kinderbezogenen Fragestellungen aufgezeigt.²¹ Das erfordert zum einen die Zusammenarbeit der Juristinnen mit anderen Wissenschaftlerinnen und Praktikerinnen. Wünschenswert wäre aber auch – neben einer empathischen Grundhaltung gegenüber der Familie – die Aneignung von ausserdisziplinären Fähigkeiten durch die Entscheidungsträgerinnen. Hilfreich sind Kenntnisse in Entwicklungspsychologie und über Familienkonflikte, unterstützend können aber auch mediative Methoden und Gesprächsführungs- bzw.

18 Zum Ganzen AESCHLIMANN (Anm. 7), S. 22-26, S. 29-31.

19 Vgl. BÜCHLER/VETTERLI (Anm. 15), S. 21-22.

20 Vgl. AESCHLIMANN (Anm. 7), S. 29-31; vgl. auch DUSS-VON WERDT (Anm. 5), S. 767 f.

21 INGBORG SCHWENZER / SABINE AESCHLIMANN, Zur Notwendigkeit einer Disziplin «Familienwissenschaft», in: Rolf Dubs et al. (Hrsg.), *Bildungswesen im Umbruch*, Zürich 2006, 502-511, S. 506 ff., mit Hinweis auf die in den 70er-Jahren durch die Pioniere GOLDSTEIN, FREUD und SOLNIT geäusserte Kritik am mangelnden Einbezug von entwicklungspsychologischen Erkenntnissen in rechtliche Verfahren.

Fragetechniken beigezogen werden.²² Viel zitierte Beispiele für die mangelnde Fachkompetenz der Gerichtspersonen in Kindesschutzbelangen und für deren mangelnde Koordination und Kooperation mit anderen Kinderschutzakteuren sind nicht indizierte Besuchsrechtsbeistandschaften oder zu unflexible Besuchsrechtsregelungen.²³

Für familiäre Angelegenheiten wäre die transdisziplinäre Ausrichtung sinnvoll, welche die Grenzen der eigenen Disziplin überwindet. Das Potential dazu hätten Arbeitskreise, wie sie beispielsweise in Basel geschaffen wurden. Der Basler Arbeitskreis «Netzwerk Kinder» verbindet mit Familienkonflikten befasste Berufsgruppen und fördert den Austausch und die Zusammenarbeit.²⁴ Gleichwohl können Gerichtspersonen auch ohne verbindende Gefässe den Fokus über die rechtlichen Fragestellungen hinaus erweitern. Das genaue Hinhören und echtes Interesse an den Schilderungen der Kinder und der Parteien, ein vermehrter Gebrauch von offenen Fragen, das kritische Hinterfragen und Überprüfen der gerichtlichen Vorbereitung in Kinderbelangen und das Eingestehen oder Überwinden der fachlichen Grenzen sind hilfreiche Instrumente für eine differenzierte Konfliktlösung.²⁵

3. «Gleiche Berücksichtigung»

Die Konfliktbearbeitung mittels kooperativen Verhaltens und Verständnisses für die Verschiedenartigkeit der Beteiligten kann zu einer allseitig getragenen Lösung führen. Das rechtsnormfixierte Denken und das Urteilen über Positionen und Ansprüche fördert hingegen eher kompetitives Verhalten und daraus folgend ein Ungleichgewicht in der Wahrnehmung der Bedürfnisse und Interessen der Beteiligten.²⁶

Bei Kindern stellt sich zudem die grundsätzliche Frage, ob ihre Interessen und Bedürfnisse, ihre ganz eigene Perspektive in diesen Verfahren überhaupt wahrgenommen werden. In den bisherigen Ausführungen liessen sich aber Bedürfnisse der Kinder aufzeigen, deren Berücksichtigung in konfliktbehafteten familiären Umbruchsituationen für eine gesunde Entwicklung

22 Nach MICHELLE COTTIER, Inter- und Transdisziplinarität in der Familienwissenschaft aus der Perspektive des Familienrechts, FamPra.ch 2012, 65-77, S.67f. m.w.H.; vgl. zu den Methoden HANNELORE DIETZ / HEINER KRABBE / KAREN ENGLER, Werkstattbuch Mediation, 2. Aufl., Köln 2019, S.166 ff.

23 Nach ZOBRIST/WIDER/ZÜRCHER SIBOLD (Anm.14), S.493.

24 Zur Transdisziplinarität COTTIER (Anm.22), S.74-76.

25 Vgl. zum Recht in Bezug auf die Familie CYRIL HEGNAUER / JOSEPH DUSS-VON WERDT, Was weiss das Recht von Ehe und Familie? Ein Essay, FamPra.ch 2000, 40-61.

26 Vgl. zur Unterscheidung zwischen rechtsnormfixierter und rechtsnormgelöster Konfliktlösung DETTENBORN/WALTER (Anm.1), S.36 und S.140 ff.

unabdingbare Voraussetzung bildet. Speziell dem Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit, d.h. nach der Erfahrung, mittels persönlicher Kompetenzen die eigenen Lebensumstände mitgestalten zu können, wie auch ihren Bedürfnissen nach Sicherheit, Bindung oder Anerkennung sind in konflikthaften Auseinandersetzungen vor Gericht Bedeutung beizumessen.²⁷

Zur Verwirklichung von Gleichheitsverhältnissen in gerichtlichen Verfahren ist deshalb die «gleiche Berücksichtigung» der individuellen Interessen und Bedürfnisse anzustreben, vor allem auch derjenigen der Kinder. Sie sollen ernstgenommen und unter Gewährung ihrer Eigenart einbezogen werden.²⁸ Ganz im Sinne einer Vision einer gemeinschaftlichen Verantwortung für das Kind haben sich die Gerichtspersonen diese Aufgabe bewusst zu machen.²⁹ Das Wohl sowie die Meinungen und Wünsche der Kinder in gerichtlichen Verfahren erfordern eine adäquate Berücksichtigung. Zur Bewerkstelligung dieser Aufgabe ist einerseits eine sorgfältige Konfliktanalyse vorzunehmen und andererseits von den vorhandenen partizipativen Instrumenten Gebrauch zu machen.

IV. Konfliktanalyse und Wahl des Vorgehens

Eine kindswohlorientierte Konfliktbearbeitung hat behutsam und zielgerichtet zu geschehen, weshalb eine differenzierte Konfliktanalyse darin den ersten Schritt bildet. Die Art und der Inhalt des Konfliktes sind zu untersuchen, um darauf basierend die Konfliktbearbeitungsrichtung und die geeignete Methode zu bestimmen.³⁰ Einzubeziehen ist unter anderem der bisherige Umgang zwischen den Parteien und dem Kind sowie deren Verhalten überhaupt. Es sind Problembereiche zu definieren³¹ und die geeignete Unterstützung für das Kind im gerichtlichen Verfahren ist auszuloten.³² Zu ergründen

27 Vgl. zur Bedürfnislage HEIDI SIMONI, Kinder anhören und hören, ZVW 2009, 333-349, S.336; vgl. auch DETTENBORN/WALTER (Anm.1), S.72, und COTTIER (Anm.22), S.68 f.

28 Vgl. ZOBRIST/WIDER/ZÜRCHER SIBOLD (Anm.14), S.487.

29 Vgl. JUDITH TRINKLER, Café Utopia Alleinerziehende, in: Bettina Bannwart et al., Keine Zeit für Utopien? · Perspektiven einer Lebensformenpolitik im Recht, Zürich/St. Gallen 2013, 161-166, S.165.

30 Nach DETTENBORN/WALTER, (Anm.1), S.34 und S.133 ff.; vgl. auch JONAS SCHWEIGHAUSER / JOACHIM SCHREINER, Der Kampf um das Kind: Eskalationen und wie sie sich entschärfen lassen, in: Alexandra Rumo, Christiana Fountoulakis, Pascal Pichonnaz (Hrsg.), Der neue Familienprozess, Zürich u.a. 2012, 129-139, S.130 ff.

31 Vgl. DETTENBORN/WALTER (Anm.1), S.137.

32 Dazu LISELOTTE STAUB, Interventionsorientierte Gutachten als Handlungsalternative bei hochkonfliktigen Trennungs- und Scheidungsfamilien, ZKE 2010, 34-46, S.41 f.

ist aber auch, ob bereits aussergerichtliche Konfliktlösungsmethoden in Anspruch genommen worden sind³³ und somit allfällige Ressourcen in der Konfliktbearbeitung vorhanden sind.

Das strittige Scheidungsverfahren beginnt grundsätzlich mit einer Vergleichs- respektive Einigungsverhandlung, welche für eine sorgfältige Konfliktanalyse und die Wahl des geeigneten Instruments im Hinblick auf eine zukunftsfähige und tragbare Lösung genutzt werden kann.³⁴ In Anbetracht der teilweise lange dauernden Eheschutzverfahren und der daraus resultierenden Regelungen, welche zwar rechtlich nur vorläufig bestehen, die Lebenswirklichkeit der Familie aber während vieler Jahre prägen, ist diesem Vorgehen in der mündlichen Eheschutzverhandlung im gleichen Masse Bedeutung beizumessen. Gerade bei komplexen Fällen ist eine frühe Intervention wirksamer, als erst in späteren Phasen zu deeskalieren.³⁵

Im Rahmen des familienrechtlichen Verfahrens de lege lata sind in Kinderbelangen den Kinderanhörungen mehr Raum zu geben und interventionsorientierte Gutachten öfters zu prüfen. Überdies könnte auch der Einbezug der Gutachterin als Fachverständige in die Verhandlung geprüft werden.³⁶ Im Rahmen von Kindesschutzmassnahmen gemäss Art. 307 ZGB ist zudem heute bereits «die geeignete Massnahme anzuordnen», was auch aussergerichtliche und konsensorientierte Interventionen umfasst, wie etwa die Anordnung einer Mediation, Beratung³⁷ oder familientherapeutischen Begleitung. Jüngst wurde auch die Anordnung einer Therapie eines Elternteils durch das Bundesgericht geschützt.³⁸

Für das Familienrecht der Zukunft sind Familiengerichte anzudenken, welche nach einem einheitlichen kindes- und familienorientierten Verfahren

33 Anwälte versuchen bspw. (auch mediativ) zwischen den Parteien zu vermitteln, vgl. dazu BEDA MEYER-LÖHRER, *The Art of the Deal*, Jusletter 6. Mai 2019; vgl. auch KATJA ZIEHE, *Handle with care: aussergerichtliche Konfliktlösungsmethoden als Allheilmittel?*, FamPra.ch 2017, 452-470.

34 Vgl. DANIEL BÄHLER / JOACHIM SCHREINER / JONAS SCHWEIGHAUSER, *Neue Formen des Miteinbezugs von psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen in eherechtlichen Verfahren*, FamPra.ch 2012, 538-549, S. 540.

35 Vgl. ZOBRIST/WIDER/ZÜRCHER SIBOLD (Anm. 14), S. 492, lang anhaltende Verfahren begünstigen eine Verhärtung des Konflikts und dessen Eskalation, S. 482-483, S. 493; vgl. auch LISELOTTE STAUB, *Die Pflichtmediation als scheidungsbezogene Kinderschutzmassnahme*, ZBJV 2009, 404-418, S. 416.

36 Vgl. zur Praxis in Basel BÄHLER/SCHREINER/SCHWEIGHAUSER (Anm. 34), S. 541 ff., S. 544 ff.

37 Vgl. speziell das «Basler Modell»: KARIN BANHOLZER et al., «Angeordnete Beratung» – ein neues Instrument zur Beilegung von strittigen Kinderbelangen vor Gericht, FamPra.ch 2012, 111-125.

38 BGer, 5A_723/2019, 4. Mai 2020, E. 6.3.

für alle Kinderbelange arbeiten.³⁹ Im Rahmen der zu prüfenden Instrumente wären dann auch weitere Angebote respektive Interventionen wie Familienräte (*Family Group Conferences*), Elternkurse oder Familienkonferenzen⁴⁰ einzubeziehen.⁴¹ Nicht auszuschliessen wäre sodann heute bereits der Hinweis auf weitere trennungsbegleitende Angebote wie Scheidungsrituale⁴² oder Programme für Scheidungskinder.

Im Folgenden werden zwei vom geltenden Recht vorgesehene Instrumente zur Stärkung der Stellung der Kinder im gerichtlichen Verfahren näher beleuchtet.

V. Instrumente zur Stärkung der Interessen von Kindern in familienrechtlichen Verfahren

1. Anhörung

Art.12 der UN-Kinderrechtskonvention statuiert das Recht des Kindes auf Anhörung. Die Bestimmung ist direkt anwendbar.⁴³ In verschiedenen Studien wurde jedoch erkannt, dass nur ein Bruchteil der betroffenen Kinder in familienrechtlichen Verfahren tatsächlich angehört wird.⁴⁴ Das Bewusstsein für die Relevanz von Kinderanhörungen scheint in der Praxis auch über 30 Jahre nach Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention nicht genügend ausgeprägt zu sein, obwohl unterstützende juristische und psychologische Literatur und verschiedene Leitfäden vorhanden wären, welche der Praxis die Implementation

39 Vgl. CHRISTOPH HÄFELI, Familiengerichte im Kanton Aargau als optimale Organisationsformen der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, in: Roland Fankhauser / Ruth E. Reusser / Ivo Schwander (Hrsg.), Brennpunkt Familienrecht, Zürich/St. Gallen 2017, 289–309, S.292 ff.

40 Vorschlag von HEIDI SIMONI / ROLF VETTERLI, Arbeitskreis 6: Partizipation von Kindern in Verfahren, Vierte Schweizer Familienrechtstage, 31. Januar / 1. Februar 2008, Schriftenreihe zum Familienrecht Band/Nr.10, Bern 2008, 139–152, S.145 ff.

41 Vgl. zu möglichen psychosozialen Interventionen REGINA JENZER / JOEL STALDER / ANDREA HAURI, Psychosoziale Interventionen bei Elternstreitigkeiten im zivilrechtlichen Kindesschutz, ZKE 2018, 427–454.

42 ANDREA MARCO BIANCA, Scheidungsrituale, FamPra.ch 2020, 402–425.

43 BGE 124 III 90 E. 3. In der Schweiz auch Art.298 Abs.1 ZPO.

44 Erstmals mit der viel beachteten Studie von ANDREA BÜCHLER und HEIDI SIMONI, Kinder und Scheidung, Zürich 2008, S.54 ff. (Anhörungsrate 11%); weitere Bsp.: Studie des Kompetenzzentrums für Menschenrechte (Anm.13); Kantonales Jugendamt Bern, Praxis der Kindesanhörung in Kindesschutz- und Scheidungsverfahren im Kanton Bern, 27. April 2017, S.12 f. und S.19 (Anhörung «selten» bis «klar unter 50%»); zur Praxis im Kanton Basel-Stadt NOËL KURATH / TAMARA BLATTER, Ein Einblick in die Praxis der Kindsanhörung am Zivilgericht des Kantons Basel-Stadt, SJZ 2020, 242–245, S.243 f.

der Kindesanhörung erleichtern wollen.⁴⁵ Bestätigt wird dies ebenfalls durch zwei jüngere Bundesgerichtsentscheide, in welchen zwei Urteile infolge mangelnder Anhörung der Kinder kassiert wurden.⁴⁶ Nichtzutreffende Vorstellungen über das Belastungserleben für Kinder bei den Rechtsanwendenden wie auch den Eltern sind weit verbreitet.⁴⁷ Zudem sind Unsicherheiten im Umgang mit den Kindern und über die Form und den Inhalt der Anhörung vorhanden. Begrenzend wirkt zudem der Umstand, dass die Gerichte infolge ihrer grossen Arbeitsbelastung die Anhörung oftmals weitgehend auf den Zweck der Sachverhaltsermittlung begrenzen und ansonsten darauf verzichten.⁴⁸

Doch Partizipation und die Erfahrung der eigenen Wirksamkeit sind wichtig für das Kind. Gerichtspersonen wie auch Eltern sollten sich bewusst machen, dass das Kind ohnehin mitten im Konflikt steckt.⁴⁹ Kinder als Subjekte wahrzunehmen, wie es Grundgedanke der UN-Kinderrechtskonvention ist, erfordert auf Seiten der Fachpersonen die Akzeptanz der Kinder als «Gesprächspartner mit einer eigenen Sichtweise und eigenen Informationsbedürfnissen»⁵⁰. Das bedingt ein echtes Interesse an den Kindern. In der praktischen Umsetzung erfordert dies genaues Zuhören verbunden mit einem Verantwortungsgefühl für die Wahrung der Rechte der Kinder und der Bereitschaft der Fragenden, den Äusserungen der Kinder Vertrauen entgegenzubringen.⁵¹ Meistens entsprechen die Vorschläge und Meinungen der Kinder ihren eigenen Interessen, dafür widersprechen sie manchmal den

45 Stellvertretend SIMONI (Anm.27); GUY BODENMANN / ALEXANDRA RUMO, Die Anhörung von Kindern aus rechtlicher und psychologischer Sicht, FamPra.ch 2003, 22-40, je m.w.H.; vgl. auch Bericht EKKJ 2011 (Anm.10); ELSBETH MÜLLER / HEIDI SIMONI, Die Kindesanhörung · Ein Leitfaden für die Praxis im Rechts-, Bildungs- und Gesundheitswesen, herausgegeben von UNICEF und Marie Meierhofer Institut für das Kind (MMI), 2014; ANDREA BÜCHLER / HEIDI SIMONI / ELSBETH MÜLLER (Hrsg.), Die Anhörung des Kindes im Scheidungsverfahren · Ein Leitfaden für die Praxis mit praktischen Hilfsmitteln, herausgegeben von UNICEF, vom MMI und vom Rechtswissenschaftlichen Institut der Universität Zürich, 2009; weitergehend auch DETTENBORN / WALTER (Anm.1) S.78 ff. und S.269 ff.

46 BGer, 5A_723/2019, 4. Mai 2020, E. 5; BGer, 5A_914/2018, 18. Dezember 2019, E. 3.3; vgl. dazu auch KURT AFFOLTER-FRINGELI, Ringen um angemessenen persönlichen Verkehr, dRSK 31. Juli 2020, und Netzwerk Kinderrechte, Kinder im Verfahren nicht angehört, 2020.

47 Vgl. Jugendamt Bern (Anm.44), S.12 f. und S.18; BÜCHLER/SIMONI (Anm.44), S.119.

48 Vgl. SIMONI/VETTERLI (Anm.40), S.140; vgl. auch die Ansicht der Richter in der Studie des Jugendamtes Bern (Anm.44), S.13 und S.18 f.

49 Vgl. SIMONI (Anm.27), S.342.

50 Vgl. dazu vorne Kap. II sowie COTTIER (Anm.10), S.19; auch MICHELLE COTTIER, Subjekt oder Objekt? · Die Partizipation von Kindern in Jugendstraf- und zivilrechtlichen Kindesschutzverfahren, Schriftenreihe zum Familienrecht, Band 6, Diss., Bern 2006, S.5.

51 Vgl. SABINE BRUNNER, Gespräche mit kleinen Kindern bergen viele Überraschungen, Netz 1/2013, 8-11, S.9.

Vorstellungen der Erwachsenen.⁵² In den Blickwinkel zu rücken ist somit die kindliche Perspektive. Damit ist weder gemeint, dass die Kinder gänzlich unabhängig von ihrer Umgebung zu betrachten sind, noch dass die Entscheidungsgewalt auf das Kind zu übertragen ist.⁵³ Es geht um das nur scheinbar banale, in der praktischen Umsetzung jedoch sehr herausfordernde Anliegen, Kinder als vollwertige Mitglieder der Familie und aus ihrer Erlebenswelt heraus zu verstehen sowie sie in ihren Möglichkeiten, sich auszudrücken, zu respektieren. Das bedeutet insbesondere, den Emotionen, non- und paraverbalen Elementen in der Kommunikation einen hohen Stellenwert einzuräumen.⁵⁴ Kinder streben danach, ihre erworbenen Fähigkeiten zu gebrauchen und ihre Umgebung mitzugestalten, und sie möchten über ihre persönliche Situation Bescheid wissen. Nicht anders als bei Erwachsenen stehen auch bei Kindern Ohnmachts- und Hilflosigkeitsgefühle sowie das Gefühl, ausgeliefert zu sein, einer gesunden Konfliktbewältigung entgegen.⁵⁵ Entsprechend ist für eine Anhörung auch keine Urteilsfähigkeit vorausgesetzt, weshalb eine Mindestaltersgrenze für Anhörungen nicht festzulegen ist.⁵⁶

Konkret zur Stärkung der Stellung des Kindes und zur Verringerung des Machtgefälles zwischen dem Wissen und der Präsenz der Eltern und dem Kind im gerichtlichen Verfahren sind systematische Ausbildungsprogramme für sämtliche Entscheidungsträgerinnen in Kinderbelangen einzuführen resp. ist die Aneignung einer gewissen Grundexpertise in Kinder betreffenden Fachgebieten wertvoll (vgl. Kap. III.2.).⁵⁷ Für die konkrete Durchführung der Anhörung wird die Konsultation von Leitfäden empfohlen. Hauptsächlich ist die Einladungspraxis derart auszugestalten, dass Verzichtserklärungsbögen aus den Kinderbriefen gestrichen werden. Diese begünstigen die Skepsis

52 Vgl. SIMONI (Anm.27), S.338.

53 Vgl. zum Kindswillen und dem Kindswohl: ANDREA BÜCHLER/ CHRISTOPH V. ENZ, Der persönliche Verkehr, FamPra.ch 2018, 911-939, S.917 f., m.w.H. insbesondere auf DETENBORN/WALTER (Anm.1), S.93, und FamKomm-SCHREINER (Anm.4), N 124 und N 135 f.; vgl. auch MONIKA LEUENBERGER, Alternierende Obhut auf einseitigen Antrag, FamPra.ch 2019, 1100-1120, S.1109 f.

54 Vgl. United Nations, Convention on the Rights of the Child, General Comment No. 12 (2009), Nr. 21; vgl. auch neuste Ergebnisse zu den Anhörungen durch die KESB: DOMINIK BODMER/ JOEL STALDER/ MADLAINA STAUFFER, Kinder (an-)hören, ZKE 2020, 317-340, S.337 f.

55 Vgl. zum Ganzen SIMONI (Anm.27), S.334-339.

56 Gl.M. SIMONI (Anm.27), S.337; CHRISTOPHE A. HERZIG, Das Kind in den familienrechtlichen Verfahren, Diss., Zürich u.a. 2012, N 379 ff. m.w.H.; a.M. BGER, BGE 131 III 553.

57 Eine gesetzliche Verankerung dieser Pflicht und zielgruppengerichtete Informationskampagnen zur Sensibilisierung wären überdies wünschenswert; vgl. dazu HERZIG (Anm.56), N 382, mit Verweis auf AESCHLIMANN (Anm.7), S.146; vgl. auch die Forderungen im Bericht der EKKJ (Anm.10), S.67, sowie EKKJ, 3 Minuten für die Jungen · Das Recht auf Meinungsäusserung und Anhörung, 2010.

sowohl auf Seiten der Behörde als auch der Eltern, und die Kinder verzichten in diesen Fällen tatsächlich fast durchgehend auf eine Anhörung.⁵⁸ Die Anhörung ist auch in Konventionalscheidungen stärker zu gewichten, gleichwohl dürfte der Fokus in diesen Fällen eher bei der Information des Kindes⁵⁹ und der Überprüfung der Akzeptanz der von den Eltern ausgearbeiteten Regelungen liegen. Wünschenswert wäre die Mitteilung von Informationen in Bezug auf das Verfahren wie auch während der Anhörung selbst: Gegenüber den Kindern ist offenzulegen, welche Erwartungen im Raum stehen und in welchem Zusammenhang ihre Aussagen verwendet werden sollen. Hingegen dürfte der Sachverhaltsermittlung nicht das ausschlaggebende Gewicht beigemessen werden.⁶⁰ Ebenfalls ist eine Delegation an spezialisierte Fachpersonen in komplexen Verhältnissen dann in Erwägung zu ziehen, wenn die rechtliche Fachperson an ihre Grenzen stösst.⁶¹

Um herausfordernde Situationen gut meistern zu können, benötigen Kinder aufmerksame, anteilnehmende und interessierte Personen. Neben den Eltern als nächste Bezugspersonen können dies auch Fachpersonen und mit dem Kind betraute Drittpersonen sein. Gerichtspersonen können ihren Anteil dazu leisten, dass sich die Kinder gehört fühlen und Raum für ihre Fragen, Ansichten und Überlegungen erhalten.⁶² Vor allem bildet die Anhörung aber auch eine Chance, gegenüber dem Kind die Rolle einer unbeteiligten Dritten zu übernehmen und das Kind darin zu unterstützen, sich nicht in den Schwierigkeiten der Eltern zu verlieren und den Konflikt und die damit verbundenen Gefühle zu ordnen. Eine Anhörung ist damit grundsätzlich durchzuführen – selbstredend zu einem Zeitpunkt, in dem die Äusserungen der Kinder noch berücksichtigt werden können.⁶³

2. Interventionsorientierte Gutachten

Die kindesschutzrechtliche Literatur unterscheidet zwischen ergebnisorientierten und verlaufs-, lösungs- oder interventionsorientierten Gutachten. Ergebnisorientierte Gutachten bestehen aus einer Diagnose des bisherigen und momentanen Zustands einer Familie und daraus abgeleiteten Empfehlungen

58 Vgl. BÜCHLER/SIMONI, (Anm. 44), S. 61; SIMONI/VETTERLI (Anm. 40), S. 140.

59 Hierzu sind auch verschiedene Informationsbroschüren des MMI und der UNICEF vorhanden.

60 Vgl. BÜCHLER/SIMONI (Anm. 44), S. 82 ff. und S. 103 ff.; vgl. auch COTTIER (Anm. 10) S. 25; COTTIER (Anm. 50), S. 20 f.

61 Vgl. Jugendamt Bern (Anm. 44), S. 19.

62 Vgl. BRUNNER (Anm. 51), S. 9 und 11.

63 Vgl. dazu SIMONI (Anm. 27), S. 342.

für die Zukunft.⁶⁴ Interventionsorientierte Gutachten beziehen zusätzlich beratende Elemente mit ein und erweitern den Prozess um eine verhaltensändernde Intervention.⁶⁵ Dabei werden die Eltern bei der Auseinanderlösung der Paar- und Elternebene unterstützt und das Befinden des eigenen Kindes wird wieder in den Fokus gesetzt. Ein besonderes Augenmerk liegt vor allem auf den «Entwicklungsmöglichkeiten und Ressourcen», welche in der vorgesehenen Intervention eingesetzt werden können. Diese bildet das Kernstück des Gutachtens und dient der konkreten Umsetzung und Erprobung von getroffenen Vereinbarungen.⁶⁶

Während sich beim ergebnisorientierten Gutachten die Parteien im Wissen um die Begutachtung und im Unwissen über die Aussagen der anderen Familienmitglieder eher zurückhalten und sich von ihrer vorteilhaften Seite zeigen möchten, wird bei der interventionsorientierten Begutachtung das Offenlegen von Ängsten, Bedürfnissen und persönlichen Grenzen der Parteien gefördert. Unterstützt wird dies einerseits durch die offene Information über die Absicht, die Art und den Zweck einer Intervention, andererseits werden hilfestellend mediative Fähigkeiten eingesetzt. Mit dem Grundsatz der Allparteilichkeit versucht die Gutachterin die Beweggründe aller Beteiligten nachzuvollziehen, ohne diese zu werten.⁶⁷ Selbstredend fördert auch in diesem Prozess ein umsichtiges Vorgehen der Sachverständigen das Vertrauen der Parteien und der Kinder. Fertigkeiten in der Gesprächsführung und eine wertschätzende und empathische Haltung führen im besten Fall zu mehr Verständnis für die anderen Familienmitglieder und richten den Blick wieder auf das Kind.

Mit der Prozessorientierung können mögliche Lösungen mit den Beteiligten, einschliesslich des Kindes, besprochen und geübt werden. Dabei kann das Familiensystem eingehend kennengelernt und dessen «Lern- und Veränderungsfähigkeit» geprüft werden.⁶⁸ Neben der Wissensgenerierung

64 Vgl. THOMAS AEBI/JENNIFER STEINBACH/LOUISE VILÉN, Leitlinien für psychologische Gutachten im Familienrecht, ZKE 2020, 1-23, S.11 f.

65 Vgl. GISELA KILDE, Der persönliche Verkehr: Eltern – Kind – Dritte, Diss., AISUF Band/Nr. 348, Freiburg 2015, N606.

66 Vgl. zu den Phasen «Diagnose, Beratung und Intervention» eines interventionsorientierten Gutachtens STAUB (Anm.32), S.37 ff.

67 Vgl. zu den Unterschieden in den Gutachtensformen und der Kritik an ergebnisorientierten Gutachten STAUB (Anm.32), S.37 und S.39 ff.

68 REVITAL LUDEWIG et al., Richterliche und behördliche Entscheidungsfindung zwischen Kindeswohl und Elternwohl: Erziehungsfähigkeit bei Familien mit einem psychisch kranken Elternteil, FamPra.ch 2015, 562-622, S.615, mit Hinweis auf LISELOTTE STAUB, Prozessorientierte Begutachtung (auch) bei Kindeswohlgefährdung. Vortrag im Rahmen der Weiterbildung der Schweizerischen Gesellschaft für Rechtspsychologie (SGRP) «Begutachtung aus rechtlicher und aus psychologischer Sicht», 7.11.2013 in Bern.

werden dadurch persönliche Erfahrungen mit der Familie gemacht, welche auch in den späteren Ausführungen gegenüber dem Gericht ihren Niederschlag finden.⁶⁹ Überdies entsteht beim interventionsorientierten Vorgehen ein schlankes Gutachten, das auch mündlich während einer Verhandlung wiedergegeben werden kann. Das ermöglicht eine zeitnahe Terminierung der folgenden gerichtlichen Verhandlung und die direkte Klärung von Fragen.⁷⁰

Der Perspektive und dem Erleben der Kinder wird im interventionsorientierten Prozess durch den Einbezug in die Lösungsfindung und Mitgestaltung besondere Beachtung geschenkt.⁷¹ So kann beispielsweise die Ablehnung eines Kindes gegen Besuche beim besuchsberechtigten Elternteil ernst genommen, aber das Kind mit einer angemessenen Intervention auch bei der Überwindung seiner Ängste und Bedenken unterstützt werden. Das entspricht dem Partizipationsrecht eines jeden Kindes.⁷² In Bezug auf das Kindeswohl und die Erziehungskompetenzen bezieht die interventionsorientierte Gutachterin überdies direkt gegenüber den Eltern Stellung und verlässt damit die analytische und distanzierte Rolle einer herkömmlichen Gutachterin.⁷³

Während ergebnisorientierte Gutachten für rasche Entscheidungen geeignet sind, sind interventionsorientierte Gutachten bei Besuchsrechtskonflikten und hartnäckigen Sorgerechtsstreitigkeiten indiziert.⁷⁴ Bei dysfunktionalen Systemen mit dem Verdacht auf böswillige Beziehungsstörungen ist von ergebnisorientierten Gutachten sogar ganz abzusehen.⁷⁵ Angestrebt wird mit den interventionsorientierten Gutachten der Weg zurück zur Kooperation und einer Einigung. Kann durch die Intervention einer Verschärfung des Konflikts entgegengetreten werden, so ist diese Form der Begutachtung angezeigt. Insbesondere kann durch das prozessorientierte Vorgehen auch auf eine Sistierung des Besuchsrechts verzichtet werden. Steht eine Kindeswohlgefährdung im Raum, rechtfertigt sich die Anordnung eines

69 Vgl. STAUB (Anm. 32), S. 39.

70 Vorschlag von BÄHLER/SCHREINER/SCHWEIGHAUSER (Anm. 34), S. 539, S. 542.

71 Vgl. STAUB (Anm. 32), S. 37.

72 Bsp. nach JOSEPH SALZGEBER, Der Alltag des Gutachters im familiengerichtlichen Verfahren, Siebte Schweizer Familienrechtstage, 23./24. Januar 2014, Schriftenreihe zum Familienrecht Band/Nr. 22, 2014, 41-58, S. 49.

73 Bsp. STAUB (Anm. 32), S. 42.

74 Vgl. STAUB (Anm. 32), S. 45; ebenfalls MARGOT MICHEL / INES GARAEUS, Das Gutachten im Verfahren vor der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, FamPra.ch 2016, 874-916, S. 900. Auch zur Erziehungsunterstützung ist ein interventionsorientiertes Gutachten möglich, vgl. BK-AFFOLTER-FRINGELI/VOGEL, in: Heinz Hausheer / Hans Peter Walter (Hrsg.), Zivilgesetzbuch · Die elterliche Sorge / der Kindesschutz, Art. 296-317 ZGB – Das Kindesvermögen, Art. 318-327 ZGB – Minderjährige unter Vormundschaft, Art. 327a-327c ZGB, Berner Kommentar, Bern 2016, Vorbem. zu Art. 307-327c ZGB, N 210.

75 Nach STAUB (Anm. 32), S. 41.

interventionsorientierten Gutachtens freilich nur, wenn ihr dadurch auch realistischerweise begegnet werden kann. Soll die Gefährdung lediglich bestätigt werden, ist das ergebnisorientierte Gutachten das geeignete Instrument.⁷⁶

Selbstredend sind Interventionen, die von vornherein bereits aussichtslos scheinen oder konträr zum Kindswohl stehen, nicht durchzuführen. Ebenso ist ein klarer und fälliger Entscheid nicht mittels eines Gutachtens aufzuschieben.⁷⁷ Bei Kindswohlgefährdungen infolge langanhaltender eskalierter Konflikte, «psychischer Erkrankung» eines Elternteils oder «traumatisierender häuslicher Gewalt» ist eine therapeutische Intervention oder allenfalls ein Parallelgutachten mit interdisziplinärer Konsensfindung die bessere Wahl.⁷⁸

Aufgrund der therapeutischen und beratenden Elemente des Gutachtens muss dieses neben Art.183 ZPO auch auf Art.307 Abs.3 ZGB abgestützt werden.⁷⁹ Durch die Intervention in dieser Form der Begutachtung scheint es überdies sinnvoll, mit der weiteren Behandlung der Kinderbelange vor Gericht zuzuwarten. Ob durch das Gutachten auf eine Anhörung des Kindes verzichtet werden kann, muss einzelfallbezogen entschieden werden. Mit dem Einbezug des Kindes in den Prozess des interventionsorientierten Gutachtens werden seine Persönlichkeitsrechte gewahrt, und bei einer Einigung kann der Verzicht auf die Anhörung durchaus geprüft werden. Andererseits ist jedoch der unmittelbare Austausch mit der Entscheidungsträgerin stark zu gewichten.⁸⁰

Mit einem interventionsorientierten Gutachten wird die Wahrscheinlichkeit einer kindswohlgerechten Empfehlung oder gar einer allfälligen kindswohlzentrierten Einigung erhöht, welche überdies bereits erprobt wurde. Der Fokus wird auf die Stärken und Bedürfnisse der Familienmitglieder gelegt, gleichzeitig können durch die Prozessbegleitung auch ihre Bedenken beachtet werden.⁸¹ Mündet der Begutachtungsprozesses aufgrund der Beratung und Intervention in eine deeskalative und befriedende Arbeit, ist dem Kindswohl zusätzlich gedient.⁸² Das Kind wird durch die Prozessbegleitung der Familie und seinen Einbezug in die Lösungsfindung als gleichwertiges Familienmitglied anerkannt.

76 Vgl. zum Anwendungsgebiet KILDE (Anm.65), S.230.

77 Vgl. AEBI/STEINBACH/VILÉN (Anm.64), S.4.

78 KILDE (Anm.65), S.230 und MOUNIRA JABAT / KARIN BANHOLZER, Parallelgutachten mit interdisziplinärer Konsensfindung im zivilrechtlichen Kontext, FamPra.ch 2020, 126-145, S.140f.

79 HERZIG (Anm.56), N 579.

80 Vgl. HERZIG (Anm.56), N 402ff.

81 Vgl. SALZGEBER (Anm.72), S.50 und S.54f.

82 Vgl. JABAT/BANHOLZER (Anm.78), S.126.

VI. Ausblick

Ziel eines jeden familienorientierten Verfahrens sind nachhaltige und allseitig getragene Lösungen. Dazu sind besonders die Kinder als eigenständige und vollwertige Familienmitglieder in gerichtliche Verfahren einzubeziehen. Eine Ombudsstelle für Kinderrechte wäre eine vielversprechende Institution, um dem Anliegen der Partizipation von Kindern zu einer stärkeren Stellung zu verhelfen.⁸³ Bereits heute liegt es aber im Wirkungskreis der Gerichtspersonen, sich in eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen und Interessen der Kinder zu begeben. Eine behutsame Konfliktanalyse, die Anerkennung der Anhörung als Teil der Persönlichkeits- und Verfahrensrechte von Kindern sowie ein vermehrter Einsatz von interventionsorientierten Gutachten bei Sorgerechts- und Besuchsrechtsstreitigkeiten sind wirksame und umsetzbare Instrumente zur Wahrung der Verantwortung gegenüber den Rechten der Kinder.

83 Zu entsprechenden Bestrebungen vgl. Motion Noser (Anm.12).

APARIUZ XXII UNTER GLEICHEN

Die diesjährige XXII. Ausgabe der Schriftenreihe APARIUZ greift mit ihrem Titel «Unter Gleichen» programmatisch das 2021 anzusetzende fünfzigste Jubiläum eines der bedeutendsten rechtshistorischen und politischen Ereignisse der Schweiz auf: die Einführung des allgemeinen Frauenwahl- und Stimmrechts.

Ausgehend von diesem in seiner gesellschaftlichen und juristischen Tragweite kaum zu übertreffenden Meilenstein untersuchen die dreizehn Beiträge dieses Sammelbandes, verfasst von Nachwuchswissenschaftlerinnen aus allen juristischen Fachbereichen, verschiedenste Fragen zum komplexen und vielschichtigem Verhältnis von Recht, Gleichheit und Gerechtigkeit.